

Auch 1967 Alles für Berlin CDU

Thema:

Deutschland- und Berlinpolitik

Wahlkampf 1967

Argumente + Informationen

I

17/1
Berlin

Berlin, 4. Januar 1967

Liebe Freunde!

Bis zum Beginn des Wahlkampfes am 10. Februar 1967 um 19.00 Uhr wollen wir Ihnen von heute an wöchentlich einmal Argumente und Informationen, die die CDU Berlin im Wahlkampf 1967 verwenden wird, zukommen lassen. Diese Informationen sind von Freunden unserer Partei, die im Landesvorstand, in den Bezirken, im Abgeordnetenhaus und im Bundestag Verantwortung tragen, erarbeitet worden, und sie werden redaktionell gestaltet von unserem Freund Winfried Tromp. Wir richten uns dabei nach den von der CDU Berlin erarbeiteten Hauptthemen:

1. Deutschland- und Berlinpolitik
2. Wirtschaftsfragen, insbesondere
Sicherung der Arbeitsplätze
+ Wohnungsbaupolitik
3. Jugend, insbesondere Berufsförderung, Berufschance, Berufsausbildung + Sorge für die alten Menschen
4. Hinweise zur Kultur- und Schulpolitik, Gesundheitspolitik und Personalpolitik des Senats etc. + Stellungnahme der CDU im Wahlkampf zu den Splitterparteien, insbesondere FDP

5. Aussage der CDU Berlin zur Politik des Senats und der SPD.

Diese Wahlmitteilungen dienen als Unterlage für die Argumentation mit dem Wähler und dem politischen Gegner. Wir bitten Sie, diese zu sammeln und sie so schlagkräftig wie möglich bei der Arbeit im Wahlkreis und im Kreisverband zu verwenden und sie auch gleichzeitig als Rednerinformationen anzusehen.

Der Bezieherkreis erstreckt sich auf Kandidaten und Funktionsträger der CDU Berlin. Darüber hinaus werden wir uns bemühen, die Argumente und Informationen ebenfalls in der "berliner politik" für die gesamte Mitgliedschaft zu veröffentlichen. Nur dann, wenn alle Mitglieder unserer CDU Berlin gemeinsam mit ihren Angehörigen und Freunden diese einheitliche Aussage im Wahlkampf mit aller Kraft und Energie vortragen, werden wir das Ziel, die Übermacht der SPD in dieser Stadt zu brechen, erreichen und unseren Einfluß zum Wohle Berlins stärken.

Mit freundlichen Grüßen
I h r J ü r g e n W o h l r a b e

Der Wahlkampfaußschuß der CDU Berlin setzt sich wie folgt zusammen:

Karl-Heinz S c h m i t z , Geschäftsführender Landesvorsitzender
1 Berlin 12, Wilmersdorfer Str. 92/93 - Tel. 883 50 07 und 883 50 08

Joachim K a l i s c h , Landesgeschäftsführer
1 Berlin 30, Rankestr. 20 - Tel. 24 92 11 und 24 27 37 d - 86 67 76 pr

Heinrich L u m m e r , Fraktionsgeschäftsführer
1 Berlin 62, John-F.-Kennedy-Platz - Tel. 71 44 73 d - 80 10 22 pr

Jürgen W o h l r a b e , Landeswahlkampfleiter
1 Berlin 30, Rankestr. 20 - Tel. 24 92 11 d - 34 40 34 pr

Für Anregungen und Kritik sowie für Nachrichten von Maßnahmen der anderen politischen Parteien wären wir Ihnen sehr dankbar.

Thema I

Argumente zur Deutschland- und Berlinpolitik

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands bleibt die wichtigste Aufgabe deutscher Politik.

Wer Wiedervereinigung will, kann nicht die Anerkennung der SBZ wollen; denn dadurch würden wir selbst der endgültigen Teilung Deutschlands unsere Zustimmung geben. Die Folgen der Anerkennung der SBZ sind:

1. Eine Anerkennung der SBZ bedeutet auch eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

2. Durch die Anerkennung der SBZ wird eine gesamtdeutsche Politik unmöglich, weil die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines selbständigen Staates (laut Charta der Vereinten Nationen) verboten ist.
3. Mit der Anerkennung fiele die gemeinsame deutsche Staatszugehörigkeit weg, die noch von der SBZ respektiert wird.
4. Durch eine Anerkennung würde die Rechtsstellung und politische Lage Berlins erheblich verschlechtert werden, da es dann inmitten einer "souveränen" "DDR" liegen würde.

Wer Wiedervereinigung will, kann sich nicht mit einer Entspannung auf der Grundlage des Status quo zufrieden geben. Da die deutsche Frage letztlich nur durch eine Annäherung zwischen Ost und West gelöst werden kann, braucht gerade Deutschland Entspannung; aber es kann nur eine Entspannungspolitik unterstützt werden, mit der eine wirkliche Friedensordnung für Europa angestrebt wird.

Eine solche Ordnung kann solange nicht erreicht werden, wie dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten wird. Und eine echte Stabilisierung der Verhältnisse in Europa kann nicht durch die endgültige Zerstörung Deutschlands als Staat und Nation erreicht werden.

Für die Bundesrepublik ergibt sich die Chance, durch eine aktive Ostpolitik Vorurteile in Osteuropa abzubauen und dadurch in diesen Ländern die Bereitschaft zu erhöhen, an einer vernünftigen Lösung der deutschen Frage mitzuwirken.

Dazu gehört eine Politik, die die deutsche Friedensbereitschaft unterstreicht (so wie dies in vorzüglicher Weise in der Friedensnote der Bundesregierung geschehen ist) und die das sowjetische Interesse an einer Lösung der offenen militärischen und wirtschaftlichen Fragen zwischen Ost- und Westeuropa verstärkt.

Durch den Bau der Mauer ist die Isolierung der Einwohner der SBZ vom übrigen Volk noch größer geworden. Damit diese Isolierung nicht eines Tages zur Entfremdung führt, ist eine noch aktivere Politik in Richtung Mitteldeutschland erforderlich mit dem Ziel, die Kontaktmöglichkeiten von Mensch zu Mensch so weit wie möglich zu erhalten und zu erweitern, damit der Wille zur Einheit im deutschen Volk wachgehalten wird.

Es ergeben sich drei Möglichkeiten, auf die Machthaber in Ost-Berlin einzuwirken:

1. durch wirtschaftliche Angebote die Konzessionsbereitschaft der SBZ zu erhöhen,
2. durch eine aktive Osteuropapolitik die SBZ zu einer gemäßigten Haltung zu zwingen, da sie sich sonst in eine vollkommene Isolierung begibt,
3. durch eine Konfrontationspolitik, das heißt durch eine Politik ständiger Ausein-

andersetzungen mit dem kommunistischen Regime in der SBZ einer Weltöffentlichkeit zu beweisen, wie entspannungs- und friedensfeindlich die gegenwärtige Politik Pankows ist.

In diesem Zusammenhang sei gesagt, daß wir nicht die Mode mitzumachen denken, den Titel, den sich die Kommunisten für ihren Machtbereich zurechtgelegt haben, zu verwenden. Das Regime ist nach wie vor weder deutsch, demokratisch noch republikanisch.

In den Wochen vor Weihnachten ist nur zu deutlich geworden, daß Ost-Berlin nur zum Einlenken zu bewegen sein wird, wenn es sich durch seine starre Haltung selbst in eine Isolierung hineinmanövriert. Es hat sich erwiesen, daß Verhandlungen mit Pankow mit dem Ziel, die schlimmsten Auswüchse der Spaltung zu beseitigen, solange in eine Sackgasse führen, wie die SED es sich leisten kann, vor aller Welt menschliches Leid zu Erpressungszwecken zu mißbrauchen.

Dies gilt auch für die bisherige Passierscheinspolitik des Senats.

An die Stelle politischer Illusionen muß wieder politische Vernunft treten. Darum muß es heißen:

Wir Berliner sichern gemeinsam mit politischer Vernunft unsere Zukunft.

Dazu benötigen wir:

1. den Schutz der drei Westmächte

Die westlichen Truppen müssen in der Stadt bleiben. Die alliierten Berlin-Garantien müssen aufrechterhalten bleiben. Gegen Übergriffe der sowjetzonalen Organe auf den Zufahrtswegen und an der Grenze um und in Berlin müssen die Westmächte entschieden auftreten.

2. die Hilfe des freien Deutschlands

Der Haushalt des Landes Berlin muß durch den Bund auch in Zukunft ausgeglichen werden. Die Hilfe des Bundes muß vor allem dazu dienen, die Wirtschaftskraft Berlins zu verbessern und die Berliner Industrie wettbewerbsfähig zu erhalten. Dabei kommt der Sicherung des Arbeitsplatzes vorrangige Bedeutung zu.

3. verstärkte eigene Anstrengungen

Der Senat muß der Erhaltung der Wirtschaftskraft Vorrang vor allen anderen Aufgaben geben, woran er es bisher hat fehlen lassen (s. Wahlkampfmitteilungen Nr. 2 - 5).

4. die stärkere Eingliederung Berlins in den freien Teil Deutschlands

Die Verbindungen Berlins zur Bundesrepublik müssen vertieft werden, damit alle Versuche des Ostens, Berlin zu isolieren, ohne Erfolg bleiben. Die Präsenz des Bundes in Berlin muß in allen Bereichen des öffentlichen Lebens noch stärker betont werden. Das Recht des Bundestages, in der deutschen Hauptstadt zu tagen, ist zu bekräftigen. Die Berliner Bundestagsabgeordneten sollten direkt gewählt werden, und es sollte ihnen das volle Stimmrecht eingeräumt werden. Die Bemühungen der Bundesrepublik und Berlins um Kontakte zur SBZ und zu Osteuropa dürfen nicht auf Kosten der Beziehungen Berlin - BRD gehen.

PS: Bitte beachten Sie auch den Artikel unseres 1. Landesvorsitzenden Franz Amrehn: "Ulbrichts Niederlage", erschienen im "Deutschen Monatsblatt", Januar 1967.

17/1
Berlin

II

Berlin, den 11. Januar 1967

Auch 1967 Alles für Berlin CDU

Thema:

- 1) Wirtschaftsfragen
- 2) Wohnungsbaupolitik

Wahlkampf 1967 **Argumente + Informationen**

1) Wirtschaftsfragen

Wir brauchen eine stabile Wirtschaft. Berlins Industrie, Handel und Gewerbe sind die Garanten unserer Zukunft. Jeder Arbeitsplatz ist ein Eckstein unserer Freiheit.

Unsere Wirtschaft soll wachsen. Daran müssen alle Anteil haben. Aber alle sind auch in der Verantwortung. Disziplin bei Löhnen und Preisen heißt stabile Währung. Auch der Staat muß sparen. Keiner darf über seine Verhältnisse leben wollen.

Der Umklammerung aus dem Osten sind wir gewachsen. Bundeshilfe und Steuererleichterungen haben politische Belastungen auszugleichen. Berlin ist und bleibt das Herz Deutschlands - die Brücke zur Wiedervereinigung. Deshalb brauchen wir ständig frisches Blut. Nicht nur materiell, sondern auch geistig muß Gegenwart und Zukunft gemeistert werden. Hier ist noch vieles zu tun!

Wir fordern:

1. Die Förderung unserer Berliner Wirtschaft im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik auf allen Gebieten. Dazu ge-

hört die Ausweitung unseres Handels mit allen Ländern ebenso wie die Weiterbildung unserer technischen Intelligenz.

2. Arbeitsplätze in Berlin sollen über die Grenzen unserer Stadt hinaus attraktiv sein. Steuerpräferenzen, Arbeitnehmerzulage und Wohnraumbeschaffung sind hierzu geeignete Maßnahmen.
3. Der Vorrang behördlicher Wünsche muß abgeschafft werden. Verstärkter Wohnungsbau und Bereitstellung von erschlossenem Industriegelände ist das Gebot politischer Vernunft.
4. Stadtplanung und Sanierung haben den Menschen in Berlin zu dienen. Vorscheitlicher Abriß von Altwohnungen und Betriebsstätten bei gleichzeitigem Rückgang an Zahl von Neubauwohnungen hat viele Menschen unserer Stadt in Not gebracht. Die notwendige Hilfe bei der Suche nach einem neuen Heim, einer neuen Existenz muß auch deshalb verstärkt werden.
5. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst muß verringert werden. Ein aufgeblähter Verwaltungsapparat ist nicht vertretbarer Luxus. Er bedeutet Verschwendung von Steuermitteln. Das Parteibuch darf nicht Einstellungs- oder Beförderungsmerkmal bleiben.

PS: Bitte beachten Sie auch den Artikel im "Abend" vom 3. Januar 1967 zum Thema "Die Mark wird wieder umgedreht" und ein Interview von Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß im "Industriekurier" vom 10. Nov. 1966.

2) Wohnungsbaupolitik

- a) Der Wohnungsbau in Berlin hat nach allgemeiner Auffassung eine ganz besonders hervorragende Bedeutung für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Das wirtschaftliche Wachstum hängt in großem Maße davon ab, was an Bauleistung auf dem Gebiete des Wohnungsbaus vollbracht wird. Das entscheidende Gewicht wird nach wie vor vom sozialen Wohnungsbau getragen. In der Regierungserklärung vom 18. März 1963 verkündete der Regierende Bürgermeister das Ziel der Wohnungsbaupolitik: "Eine unserer großen Aufgaben ergibt sich daraus, daß wir den Menschen, die in Berlin leben und nach Berlin kommen, angemessenen Wohnraum geben müssen. Wir haben uns vorgenommen, weiterhin Jahr für Jahr 20.000 Wohnungen zu bauen." Dieses Ziel hat der Senat bei weitem nicht erreicht. Statt der in der IV. Legislaturperiode vorgesehenen 80.000 Wohnungen sind nur 70.000 fertiggestellt worden, also 10.000 Wohnungen weniger als 1963 angekündigt.

Besonders deutlich wird das Versagen des Senats, wenn man die Leistung des sozialen Wohnungsbaues - also nur sozial geförderte Wohnungen - mit der Planung vergleicht.

	Planung laut Haushaltsplan	Fertiggestellt
1963	19.000	16.284
1964	19.000	17.772
1965	18.500	14.950
1966	18.500	14.020
IV. Legislaturperiode	75.000	63.026

d.h. 12.000 Wohnungen weniger als geplant.

In zahlreichen parlamentarischen Initiativen hat die CDU-Fraktion zu speziellen Themen des Wohnungsbaus Stellung genommen. Sie ist für eine stärkere Berücksichtigung junger Ehepaare und kinderreicher und Großfamilien bei der Vergabe von Wohnungen eingetreten. Sie hat den verstärkten Bau von Wohnungen für alte Menschen gefordert. Diese Forderungen sind selbstverständlich nur zu verwirklichen, wenn das Bauvolumen insgesamt - wie von der CDU immer wieder gefordert - erweitert wird und nicht - wie von Senator Schwedler praktiziert - immer weiter eingeschränkt wird. Der Rückgang im Wohnungsbau erfolgte erklärter- und bewiesenermaßen nicht durch Mangel an Geld und Baugrund. Der Grund ist vielmehr fachliches und politisches Versagen des Senats.

b) Stadtsanierung

In Berlin gibt es 100.000 Wohnungen, die 80 Jahre oder älter sind. Davon sind die meisten ohne Bad und Toilette. Ein Großteil dieser Wohnungen muß saniert werden.

Wegen der noch herrschenden Wohnungsnot darf die Sanierung jedoch nicht überstürzt durchgeführt werden. Sie darf zur Zeit nur dort betrieben werden, wo sie offensichtliche Mißstände beseitigt.

Besonders schwer betroffen sind die in den Sanierungsgebieten ansässigen Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen. Hier wiederum diejenigen, die

1. ihre Gewerbe-, Büro- und Praxisräume gemietet haben und
2. diejenigen, denen aus Alters- oder Krankheitsgründen eine Umsiedlung und ein Neuaufbau einer Existenz in fremder Umgebung nicht zuzumuten ist.

Folgende Grundsätze müssen der Stadtsanierung zugrunde gelegt werden:

1. Stadtsanierung ist eine öffentliche Aufgabe. Sie darf deshalb nicht zu Lasten des einzelnen durchgeführt werden. Die öffentliche Hand ist zu Hilfsmaßnah-

men für den einzelnen verpflichtet.

2. Stadtsanierung darf nicht zu einer Sozialisierung auf kaltem Wege werden. Das Eigentum bleibt geschützt. Auch die Mieter und Pächter haben, z.B. für den Verlust des Geschäftswertes, Anspruch auf Entschädigung. Nach Abschluß einzelner Sanierungsmaßnahmen sollen möglichst viele Objekte repri-
vatisiert werden.
3. Entschädigungen sind durch Gesetz zu regeln. Billigkeitsentschädigungen aufgrund von Verwaltungsrichtlinien sind völlig unbefriedigend.
4. Stadtsanierung darf nicht diktatorisch über den Kopf der Betroffenen durchgeführt werden.
Sie muß demokratisiert werden, d.h. die Betroffenen sind in weit stärkerem Maße als bisher an Planung und Durchführung zu beteiligen.
5. Der Abriß muß in einer sinnvollen Planung mit der Möglichkeit des Wiederaufbaues in Verbindung gebracht werden, damit eine schnelle Folge von Abriß und Wiederaufbau erreicht wird.

c) Weißer Kreis

Berlin und die übrige Bundesrepublik sind e i n e wirtschaftliche Einheit. Die Grundzüge der Wirtschaftspolitik müssen daher im ganzen Bundesgebiet verbindlich sein. Das gilt auch für das Gebiet der Wohnungswirtschaft.

Der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und die Einführung des sozialen Miet- und Wohnrechts (Lücke-Gesetz) muß daher auch in Berlin erfolgen. Der Zeitpunkt der Einführung des Weißen Kreises richtet sich wesentlich nach den örtlichen Voraussetzungen. In Berlin sind die Voraussetzungen noch nicht gegeben. Trotz bereits erfolgter Berücksichtigung der besonderen Berliner Verhältnisse durch den Bundesgesetzgeber muß Berlin darauf bestehen, daß die Mietpreisbindung nicht - wie bisher vorgesehen - am 1. Juli 1968 aufgehoben wird. Bis zur Entspannung der Wohnungsmarktsituation muß eine weitere Verschiebung gestattet werden. Es ist heute schon sicher, daß Bonn diese Verschiebung ermöglichen wird.

Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß eine schlampige Wohnungsbau-
politik (siehe oben) unsere Verhandlungsposition in Bonn nicht gerade stärkt. Auch die berechtigten Interessen der Hausbesitzer müssen berücksichtigt werden. Bei einer längerfristigen Verschiebung des Weißen Kreises wird eine maßvolle Mietanhebung als Ausgleich gestattet werden müssen.

Durch die Bevölkerungsstruktur bedingt, hat Berlin ein besonders großes Interesse an einer Erweiterung der Sozialklausel (Widerspruchsrecht gegen Kündigung bei Alter, Krankheit, Kinderreichtum usw.).

In Kenntnis dieser Sorge wird der Bundesgesetzgeber aller Voraussicht nach bis zur Einführung des Weißen Kreises in einer Neufassung der Sozialklausel die Interessen der Mieter noch stärker als bisher berücksichtigen.

PS: Beachten Sie bitte den Artikel "Senat versagte im Wohnungsbau" von Rudolf Mendel, berliner politik, Heft 1, Jahrgang 1967.

Auch 1967 Alles für Berlin CDU

Thema:

- 1) Jugend in unserer Stadt
- 2) Ältere Mitbürger in unserer Stadt

Wahlkampf 1967

Argumente + Informationen

III

Berlin, den 23. Jan. 1967

1) Jugend in unserer Stadt

Junge Menschen in unserer Stadt haben es schwerer als ihre Altersgenossen in Westdeutschland. Berlin ist noch nicht wieder Hauptstadt. Viele berufliche Möglichkeiten sind davon beeinflusst. Aber auch in der Freizeit merkt jeder, daß er auf einer Insel lebt.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Monate wirken sich auch bei jungen Menschen aus. Viele der besten und fähigsten Nachwuchskräfte kehren unserer Stadt den Rücken, um bessere berufliche Chancen im übrigen Bundesgebiet anzustreben. Große Betriebe haben ihre technischen und wirtschaftlichen Führungskräfte, ihre Forschungsabteilungen nicht mehr in Berlin. Die Zuwanderung neuer Betriebe ist geringer als früher. Dieser Entwicklung ist die SPD nicht ausreichend entgegengetreten.

Die CDU fordert nicht nur eine bessere Wirtschaftspolitik, sondern insbesondere eine Wirtschaftspolitik mit eigener Initiative. Appelle an die deutsche Industrie dürfen nicht nur mit materiellen Anreizen, sondern müssen vor allen Dingen mit unbürokratischer behördlicher Hilfestellung verbunden sein. Berlin ist eine Stadt der Zu-

kunft, so lange wir es wollen.

Der Berufsförderung muß endlich größere Bedeutung beigemessen werden. Gerade die augenblickliche Konjunkturlage hat vielen jüngeren Menschen, die bereits im Berufsleben stehen, die Bedeutung einer soliden Berufsausbildung vor Augen geführt. Ihnen müssen bessere Chancen eingeräumt werden, sich während und neben ihrer beruflichen Tätigkeit weiterzubilden. Staatliche Förderungsmaßnahmen (Ausbildungs- und Weiterbildungsbeihilfen, Darlehen usw.) müssen eingeführt und, soweit vorhanden, erweitert werden.

Die technischen Umwälzungen unserer Zeit verändern das Berufsleben. Viele Menschen werden in absehbarer Zeit ihren Beruf wechseln müssen. Es wird daher immer wichtiger, Einrichtungen zu schaffen, in denen die Umschulung auf eine andere, besser bezahlte Tätigkeit (oder die Erlernung eines Zweitberufes) möglich ist.

Der jungen Familie kommt angesichts der Überalterung unserer Stadt eine besondere Bedeutung zu. Ihr zu helfen, ist eine Forderung der politischen Vernunft. Immer noch ist das Problem No. 1 für Berliner Brautpaare die Wohnung. Es müssen aber nicht nur mehr, sondern vor allen Dingen familiengerechte Wohnungen gebaut werden. Wagenabstellplätze sind wichtig, aber wichtiger sind Spielplätze für Kinder (und zwar für alle Altersstufen). Junge Ehepaare sollten aber nicht nur in Kleinstwohnungen vermittelt werden. Auch im sozialen Wohnungsbau müssen größere Wohnungen für sie errichtet werden. Angesichts der immer noch bestehenden Wohnungsprobleme sollte jüngeren Ehepaaren in solider Beschäftigung ein zusätzliches Darlehen gewährt werden, mit dem sie sich leicht eine Wohnung beschaffen können. Kinderreiche Familien bedürfen dabei des besonderen Schutzes und der Vorsorge.

Gerade in jungen Familien muß die Ehefrau aus finanziellen Gründen häufig mitarbeiten, deshalb darf der Bau von Kindertagesstätten nicht vernachlässigt werden. Auch die Errichtung von Schulkindergärten muß stärker vorangetrieben werden.

Den Müttern körperlich und geistig behinderter Kinder wird noch immer zu wenig geholfen. Die "Hilfe zur Lebensfähigkeit" für diese Kinder ist Pflicht der Gemeinschaft.

Eine ständig wachsende Sorge sind für alle Eltern in Berlin die wachsenden Gefahren der modernen Großstadt. Ein verbesserter Jugendschutz ist nötig. Manche Gefahren aber könnten auch durch strengeres Eingreifen der Verantwortlichen eingeschränkt werden. In dieser Richtung ist noch viel zu tun, z.B. sind manche Auswüchse des Berliner Nachtlebens durchaus zu verhindern. Dazu gehört ein fester Wille und Entschlossenheit.

Die CDU sieht ihre besondere Verantwortung gegenüber den jungen Menschen dieser Stadt. Sie ruft alle Verantwortlichen zu gemeinsamem Tun auf. - Die Zukunft unserer Stadt ist in den Händen dieser Jugend.

2) Ältere Mitbürger in unserer Stadt

Die CDU hat die Sorge für den alten Menschen in den Mittelpunkt ihrer Sozialpolitik gestellt. Sie geht hierbei von der Wahrnehmung aus, daß die älteren Mitbürger weitestgehend ihr Leben in eigener Verantwortung und frei von Bevormundung führen wollen, hierüber hinaus aber infolge der Vermögensverluste nach dem Zusammenbruch vor allem einer wirksamen finanziellen Hilfe bedürfen.

Nach den Vorschlägen des Sozialexperten der CDU, Prof. Wilfried Schreiber, wurde in der Bundesrepublik die dynamische Rente eingeführt. Diese sieht eine Steigerung der Renten der Sozialversicherungen in jedem Jahr vor, in dem auch das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung steigt. Diese Rentenreform hat die praktische Auswirkung gehabt, daß allein in den letzten zehn Jahren die Renten um nicht weniger als 84 % angehoben wurden, was einer Steigerung entspricht, die weitaus höher ist als der Preisanstieg in derselben Zeit.

Ungeachtet der Haushaltsschwierigkeiten des Bundes hat die CDU sich jetzt mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß das Prinzip der dynamischen Renten auch weiterhin verwirklicht wird. Es wird also trotz Sparmaßnahmen auf allen Gebieten nicht nur die bisherige Rentenhöhe erhalten bleiben, sondern die Renten werden auch weiterhin jährlich den Einkommensverhältnissen angepaßt werden. Auch die Stabilisierungspolitik der CDU, die einer weiteren Steigerung des Preisgefüges entgegenwirken wird, soll den älteren Mitbürgern die Sicherung bringen, daß ihre Bezüge nicht entwertet werden. Einsparungs- und Stabilisierungsmaßnahmen kommen daher besonders unseren älteren Mitbürgern zugute, die erfahrungsgemäß durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten immer am stärksten betroffen werden. Auch wird durch diese Maßnahmen dafür gesorgt, daß gesparte Beträge ihren Wert behalten.

Zu den Problemen der Alterssicherung gehören auch die Vorschläge der verschiedenen Verbände der freien Berufe auf Schaffung einer Versicherung, die eine angemessene Existenz im Alter gewährleistet. Die CDU ist entschlossen, die Sozialversicherung für die freien Berufe zu öffnen oder für bestimmte Berufsgruppen den Aufbau einer besonderen Versicherung zu ermöglichen, nachdem durch den Zusammenbruch die Vermögenswerte, die der Sicherung des Alters dienen sollten, verlorengegangen sind.

In der Sozialhilfe werden auch in der Zukunft die Regelsätze der laufenden Preisentwicklung und den Verbesserungen des Lebensstandards angepaßt werden. Der Deutsche Bundestag hat den Mehrbedarf für alte Menschen von 20 auf 30 v. H. erhöht.

Der ältere Mitbürger hat außer seiner wirtschaftlichen Sicherung ein Anrecht darauf, daß ihm eine eigene Wohnung, solange er es wünscht, erhalten bleibt. Aus diesem Grunde müssen Altenwohnungen für unsere Mitbürger, die sich selbst versorgen wollen und können, in weitaus stärkerem Maße als bisher zur Verfügung gestellt werden. Diese Wohnungen sollen in nicht zu großen Einheiten zusammengefaßt werden und müssen in die übrigen Wohnbauten eingestreut sein, damit die alten Mitbürger am Leben der Gemeinschaft teilnehmen können.

Die Sanierungspolitik des Senats bedarf einer grundlegenden Wandlung. Sie hat bisher auf die Interessen der alten Mieter völlig unzureichend Rücksicht genommen. In Zukunft sollten Sanierungsmaßnahmen nur zugelassen werden, wenn sichergestellt ist, daß auch die alten Menschen in der Nähe ihrer gewohnten Umgebung angemessen untergebracht werden. Für die älteren Mitbürger, die ihren Haushalt nicht aus eigener Kraft führen können, ist eine ausreichende Betreuung durch Hauspflege oder Nachbarschaftshilfe sicherzustellen, damit der eigene Haushalt solange als möglich aufrechterhalten werden kann. Aus diesem Grunde sind Aus- und Fortbildung von Haus- und Altenpflegerinnen zu intensivieren. Auch müssen die Werbung für diesen Beruf verstärkt werden und die nötigen gesetzlichen Änderungen durchgeführt werden, damit sich mehr Menschen nebenberuflich für diese Tätigkeit interessieren.

Die bereits bestehenden Altenheime sind den modernen Lebensverhältnissen anzupassen. Bei Neubauten ist den alten Mitbürgern Gelegenheit zu geben, die eigenen Möbel zur Ausgestaltung ihrer neuen Wohnung zu verwenden.

Für diejenigen älteren Mitbürger, die nicht über ausreichende Kontakte zur Umwelt verfügen, sind in verstärktem Maße Veranstaltungen zu arrangieren, die für einsame Menschen Freude in den Lebensabend bringen.

Berlin, den 31. Jan. 1967

Auch 1967 Alles für Berlin CDU

Thema:

- 1) Kulturpolitik
- 2) Gesundheitspolitik
- 3) Zur FDP
- 4) Wir für Berlin

Wahlkampf 1967

Argumente + Informationen

1) Kulturpolitik

Berlin muß auch in Zukunft seine Stellung als geistiger Mittelpunkt Deutschlands bewahren.

Wir fordern deshalb:

1. Es ist eine "Nationalstiftung des deutschen Volkes" ins Leben zu rufen, die, vom Bund, den Ländern und Verbänden getragen, die Hochschulen und die kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen Berlins organisatorisch und personell trägt.
2. Berlin muß für Persönlichkeiten des In- und Auslandes anziehender gemacht werden, die kulturelle Einrichtungen bereichern können. Dafür müssen die sozialen und gesellschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden.
3. Die Berliner Festwochen und die Filmfestspiele bedürfen einer gründlichen - auch personellen - Reorganisation. Sie müssen das frühere hohe kulturelle Niveau wieder erreichen.
4. Das Berliner Schulwesen muß den Modellen der anderen Länder angepaßt werden. Eltern, die nach Berlin umsiedeln, müs-

sen die Sicherheit haben, daß ihre Kinder hier die Ausbildung ohne Anschlußschwierigkeiten fortsetzen können.

5. Die einseitige sozialdemokratische Überbetonung des Senders Freies Berlin muß beendet werden. Rundfunk und Fernsehen sollen die verschiedenen politischen und geistigen Richtungen in der Gesellschaft angemessen beteiligen. Neue Wege müssen beschritten werden, Fernseh- und Rundfunkprogramme nach Mitteleuropa auszustrahlen. In die Hauptfernsehzeiten müssen häufiger Sendungen eingebaut werden, die direkt unsere Landsleute jenseits der Mauer objektiv über die Verhältnisse in der Bundesrepublik informieren.

2) Gesundheitspolitik

Gesundheit ist ein hohes Gut, das mit allen verfügbaren Mitteln erhalten und gefördert werden muß. In Berlin wurden hierfür noch nicht alle Voraussetzungen geschaffen. Insbesondere muß dafür gesorgt werden, unseren Mitmenschen, soweit diese betagt, hilfsbedürftig oder krank sind, ihre Sorgen abzunehmen oder diese zu erleichtern.

Im einzelnen ist zu fordern:

1. Entschiedenere Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverunreinigung und des Lärms, nicht zuletzt auch im Flugverkehr.
2. Intensivierung der gesundheitlichen Volksbelehrung. Hierzu gehören auch die Sorge um die Sicherheit und die Erhaltung der Gesundheit im Straßenverkehr. Der Tod auf der Straße muß überwunden werden!
3. Förderung aller Bestrebungen zur Schaffung gesundheitsgerechter Lebensmittel.
4. Stärkere Förderung der gemeinnützigen Krankenanstalten, die in Berlin nahezu die Hälfte der Krankenhausbetten zur Verfügung stellen.
5. Stärkung des Prinzips der freien Arztwahl durch den Patienten. Staatliche Förderung des Baues von Belegkliniken und hierdurch Schaffung neuer Möglichkeiten zur klinischen Betreuung der Patienten durch ihren Hausarzt.
6. Förderung von Vorsorgeuntersuchungen (z.B. zur Feststellung von Diabetes) und medizinische Maßnahmen zur Wiedereingliederung in das Berufsleben.
7. Verbesserung der Betreuung geistig und körperlich Gebrechlicher, insbesondere auch derart geschädigter Kinder.

3) Zur FDP

Der FDP ist es, nachdem sie bereits einmal in Berlin von der politischen Bühne abtreten mußte, bei den letzten Wahlen 1963 noch einmal gelungen, wieder in das Parlament einzuziehen. Unter der Devise "Berlin braucht eine Opposition" bot sie sich allen Unzufriedenen an. Nach erfolgter Wahl aber kletterte sie so schnell wie möglich in das SPD-Boot, getreu der Devise "Dabeisein ist alles".

Ihr einziger sachpolitischer Beitrag auch in den vergangenen vier Jahren war die Forderung, in Berlin ein Spielkasino zu errichten. Im übrigen erschöpfte sich diese Partei im Besetzen möglichst vieler Posten.

Dieses Berlin-Beispiel reiht sich würdig in die Zick-Zack-Kurve der FDP-Partei-geschichte ein. An Profilneurose krankend, strebte sie zwar immer Regierungs-verantwortung an, um sich aber gleichzeitig vor harten, nicht immer populären Entscheidungen zu drücken. Der Abschluß ihres Auftretens im Bund war die ungewollte Betätigung des Schleudersitzes aus der Bundesregierung.

Nach diesem Reinfall hat sich die FDP in Bund und Ländern verstärkt dem Radikalismus verschrieben. So unterstützt sie heute den sog. Kongreß "Notstand der Demokratie", der unter Beteiligung vieler linksradikaler Kräfte auch durch den Berliner FDP-Vorsitzenden William Borm mit initiiert wurde. Außerdem gehört der Liberale Studentenbund (LSD) bis zum heutigen Tage zur Kerntruppe der studentischen Krawallmacher in Berlin.

Diese Partei hat sich überlebt. Die Union ist über sie hinaus zur Tagesordnung übergegangen. Wir wollen auch in Berlin nicht mehr als notwendig über sie sprechen, denn sie lebt nur noch von dem Gespräch anderer. Wir werden aber den Wählern in die Erinnerung zurückzurufen haben, daß jede Stimme, die dieser Partei gegeben wird, eine verlorene Stimme ist.

PS:

Nachträglich erreicht uns ein Bericht unserer Charlottenburger Freunde über die parlamentarischen Aktivitäten des langjährigen FDP-Landesgeschäftsführers und Fraktionsvorsitzenden C. C. Müller in der Charlottenburger Bezirksverordnetenversammlung. Dieser fehlte im Jahre 1966 bei 12 BVV-Sitzungen 8 x; an den 24 Ältestenratssitzungen nahm er nur 7 x teil; an den 19 Sitzungen des Haushaltsausschusses ein einziges Mal.

Kommentar überflüssig!

4) Wir für Berlin (aus der "berliner politik" Nr. 2/1967)

Unter diesem Motto wird die CDU Berlin ihren Wahlkampf 1967 am 10. Februar um 19.00 Uhr beginnen. Schon um 20.00 Uhr wird die CDU Berlin auf einer Großkundgebung in der Deutschlandhalle mit unseren Spitzenpolitikern, Bürgermeister a.D. Franz Amrehn, Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß und unserem Ehrenvorsitzenden Ernst Lemmer der Berliner Öffentlichkeit ihr Programm vorlegen. Dieses Programm wird sachlich positiv, aufbauend und zukunftsbewußt dargestellt werden. Es umfaßt im wesentlichen sechs Punkte:

1. Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit
2. Sicherung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einheit Berlins mit dem übrigen Bundesgebiet
3. Stabile Währung, gleichbleibende Konjunktur und sichere Arbeitsplätze
4. Mehr und bessere Wohnungen
5. Förderung der Berufsausbildung und Berufschancen der jungen Generation
6. Leb enshilfe für den alten Mitbürger

Wir für Berlin, das heißt: alle Berliner arbeiten gemeinsam für die Zukunft und Sicherheit unserer Stadt.

Wir für Berlin, das heißt: unsere CDU ist die Partei in Berlin, die am klarsten und besten die vorrangigen Probleme dieser Stadt meistern und sichern kann.

Wir für Berlin, das heißt: die CDU muß in Berlin mit mehr Verantwortung ausgestattet werden.

Dieses Ziel unseren Berliner Mitbürgern in den kommenden Wochen des Wahlkampfes immer wieder deutlich zu machen, ist die wichtigste Aufgabe aller Mitglieder und Freunde unserer CDU. Um das zu erreichen, ist es notwendig, daß der persönliche Einsatz jedes einzelnen von uns so wirkungsvoll wie möglich organisiert wird. Hierzu gehört aber auch die Opferbereitschaft unserer Mitglieder und Freunde. Gerade ein Wahlkampf kostet viel Geld. Nur wenn die erforderlichen Mittel für eine sachgerechte Öffentlichkeitsarbeit im Wahlkampf von uns allen gemeinsam aufgebracht werden, wird es uns gelingen, unsere Argumente bei den Berliner Mitbürgern an den Mann zu bringen.

Zu einer zielstrebigem Wahlkampfführung gehört außerdem, daß die vom Landeswahlkampf Ausschuss erarbeiteten Leitlinien im Interesse der Einheitlichkeit der Aussage von jedem Mitglied unserer Partei eingehalten und propagiert werden. Dann erst ist die Durchschlagskraft und Wirksamkeit unserer Argumente hundertprozentig gegeben.

Wenn wir diesen Weg gemeinsam in den kommenden Wochen konsequent verfolgen, wird es uns sicher gelingen, die Übermacht der Sozialdemokraten in Berlin abzubauen, das regierungsunfähige Anhängsel FDP aus dem Verkehr zu ziehen und den Einfluß unserer CDU zum Wohle Berlins zu stärken.

J. W.

Auch 1967 Alles für Berlin CDU

Thema:

- 1) Zur SPD:
Übermacht macht übermütig
- 2) Informationsmaterial

Wahlkampf 1967

Argumente + Informationen

V

Berlin, den 7. Febr. 1967

1) Zur SPD: Übermacht macht übermütig

61,9 % der Wählerstimmen am 17. Febr. 1963 - das war zu viel des Guten für die SPD. Der hohe Sieg verführte immer wieder zu Machtmißbrauch, Verletzungen der demokratischen Spielregeln, ja zu einer regelrechten Beutepolitik. Einige besonders krasse Vorfälle sprechen eine deutliche Sprache.

Hierzu gehören die wochenlangen Machtkämpfe um den ersten Platz in den Bezirksämtern Kreuzberg und Schöneberg. Zwei Stadtväter, Willy Kressmann und Werner Chomse, fielen in Ungnade, weil sie das Allgemeinwohl über das Parteiinteresse stellten. Und sie wurden von ihren eigenen Genossen ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung "abgesägt". Willy Kressmann hätte bis zum Februar 1965 amtieren sollen. Aber am 13. Dezember 1962 wurde er abgesetzt, mit einem stattlichen Ruhegehalt. Werner Chomse hätte sein Amt bis zum 4. Juli 1967 ausüben können. Doch weil er seiner Partei nicht mehr bequem war, wurde er drei Jahre vor diesem Zeitpunkt aus seinem Amt gedrängt. Das kostete den Steuerzahler fast 100.000, -- DM.

Das gleiche Los war dem Weddinger Bür-

germeister Helmut Mattis zugedacht. Mit formellen Vorwänden, letzten Endes aber nur, um einen Mann der unabhängigen Entscheidungen zu größerer parteipolitischer Personalpolitik zu bewegen, sollte auch er abgewählt werden. Doch ein Sturm der Entrüstung in Presse und Bevölkerung zerstörte diesen Plan. Besonders hervorgetan hatte sich bei den internen Weddinger Intrigen der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Senator Kurt Neubauer, von dem ohnehin gesagt werden muß, daß er im Umgang mit öffentlichen Mitteln nicht gerade kleinlich ist. Hier sei nur seine Reise (mit Ehefrau und Referenten) zu den Olympischen Spielen 1964 nach Tokio erwähnt, die Berlin 33.373,31 DM kostete.

Die Fälle Kressmann, Chomse und Mattis zeigen in eindringlicher Form, wie die Behörden zum Tummelplatz parteiinterner Auseinandersetzungen der SPD geworden sind.

Die Appelle der CDU, die SPD müsse dafür sorgen, daß die geltenden und auch von ihr beschlossenen Gesetze von ihren gewählten Vertretern zum Wohle des Bürgers und nicht zur Befriedigung des persönlichen Machtriebes angewendet werden, haben nichts genutzt.

Das zeigte sich auch, als die SPD Ende 1964 / Anfang 1965 die Bezirksämter dem Wahlergebnis von 1963 anzupassen versuchte. Schall und Rauch blieb da der Beschluß des SPD-Landesausschusses vom Juli 1964, wonach der Wählerwille zu respektieren sei. "Eine angemessene Beteiligung bei der Besetzung der Bezirksämter ist in Anlehnung an die tatsächliche Stärke der Parteien in der Bezirksverordnetenversammlung zu bestimmen", hieß es da wörtlich. Tatsächlich aber wurden bei 61,9 % Wählerstimmen 73 % aller greifbaren Stellen in den Bezirksämtern von der SPD okkupiert. Und so wurde auch ein so umstrittener Mann wie der Falken-Vorsitzende Linksaußen Harry Ristock Stadtrat.

Wenn die CDU versuchte, Fehlritte der SPD anzuprangern, dann scheuten sich die Sozialdemokraten nicht, die CDU in ihren Rechten als parlamentarische Opposition zu behindern. Als die CDU nach den vielen Blamagen des Senatspresseamtes, dessen unkorrekte Öffentlichkeitsarbeit nicht nur einmal ausgerechnet von Pankow berichtigt werden mußte, eine große Anfrage im Abgeordnetenhaus einbrachte, verfügte die SPD-Fraktion Redezeitbeschränkung für die unbequemen Fragesteller der CDU. Ein einmaliger Fall in der deutschen Parlamentsgeschichte seit 1915.

Der von dem SPD-Mitglied Steigner geführte Sender Freies Berlin sorgt ferner seit Jahren dafür, daß die Sozialdemokraten regelmäßig in Rundfunk und Fernsehen durch die Schuhdrücksendung des Regierenden Bürgermeisters zu Wort

kommen, ohne der CDU die Möglichkeit zur Erwiderung einzuräumen.

Nicht verhindern hingegen konnte die SPD, daß der unabhängige Rechnungshof den Verwaltungen unablässig nachwies, wie leichtfertig und unnütz öffentliche Mittel ausgegeben werden und daß die Überbehörde im Rathaus Schöneberg, die Senatskanzlei, um immerhin 14 Prozent verkleinert werden könnte.

Was früher ein Senator schaffte, wurde vom SPD/FDP-Senat auf zwei Senatoren aufgeteilt: die Verwaltung für Wissenschaft und Kunst und für Schulwesen. Und nachdem der Senator Adolf Arndt wieder seinen Koffer nahm, wurde sein Nachfolger, Senator Werner Stein, noch nicht einmal mit dem Teilgebiet Universitäten fertig. Unter der Amtsführung Prof. Steins, dessen 1. Assistent in seinem FU-Institut, Dr. Lohmann, ein Wortführer der akademischen Linken ist, wurde die FU zu einem Tummelplatz linksradikaler Krawallmacher, die dem Ansehen Berlins weit über seine Grenzen hinaus Schaden zugefügt haben.

Auch in zahlreichen anderen Verwaltungszweigen konnte die SPD nicht die Extratouren ihrer Radikalen stoppen. So scheuten sich SPD-Bezirksbürgermeister und -Stadträte des freien Berlin nicht, den von der SED lautstark unterstützten Frankfurter Kongreß "Notstand der Demokratie" mit Grußadressen zu bedenken. Ebenso beunruhigend war es, daß in Charlottenburg die Feier aus Anlaß der 20-jährigen Wiederkehr der Konstituierung der Bezirksverordnetenversammlung im Dezember 1966 ausfallen mußte, weil die SPD darauf bestand, einen SED-Mann einzuladen, der noch 1958 Spitzenkandidat der Pankower Satellitenpartei zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Charlottenburg war.

Demgegenüber wurde dem Berliner Bürgermeister Ferdinand Friedensburg, der in den Jahren kommunistischer Bedrohung mit Mut die Geschicke der Stadt gelenkt hat, Anerkennung von kleinkarierten SPD-Genossen versagt.

Gar nicht kleinlich wiederum ist man, wenn es darum geht, einen prominenten Sozialdemokraten zu versorgen. Dann scheut man auch nicht den Griff in "öffentliche Töpfe". So konnte der SPD-Abgeordnete Erwin Krüger das Geschäft seines Lebens machen. Zwar war er seit seiner Tätigkeit als Verwaltungsratsvorsitzender des Zahlenlottos von 1956 an wegen höchst umstrittener und undurchsichtiger Geldausgaben belastet. Wohl geriet er erneut - nun als Lottodirektor - durch Beschuldigungen des ehemaligen Lotto-Bezirksstellenleiters Geiger (FDP) ins Zwielicht und wurde dem Vorwurf ausgesetzt, das Zahlenlotto um einige Tausend Mark gebracht zu haben. Denn entgegen den Verwaltungsrichtlinien tätigte er Geschäfte, ohne zum Beispiel beim Kauf von Werbekugelschreibern im Wert von 145.000, --

DM das übliche Skonto in Anspruch zu nehmen. Trotzdem wurde er keineswegs, wie zuerst angedroht, von seinem Amt entfernt. Er erhielt ein lebenslanges Ruhegeld und obendrein noch 46.000, -- DM "Entschädigung". Dies alles konnte geschehen, obwohl der Senat die Staatsaufsicht über diese Körperschaft des öffentlichen Rechts führt und die Senatoren Neubauer (SPD) und Kirsch (FDP) als Mitglieder des Verwaltungsrats an der Entscheidung mitwirkten. Lotto-Krüger gewann den Hauptgewinn, ohne sechs Richtige angekreuzt zu haben.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß Übermacht übermütig macht.

Deshalb muß diese Übermacht der SPD in Berlin abgebaut und der Einfluß der CDU zum Wohle der Stadt gestärkt werden.

2) Informationsmaterial

Liebe Freunde!

Auf diesem Wege möchte ich Sie auch davon in Kenntnis setzen, daß mit Wahlkampfbeginn folgendes Informationsmaterial über die Kreisgeschäftsstellen zum Einsatz für den Wahlkampf zur Verfügung steht:

1. Arbeitnehmer-Prospekt (für die Verteilung vor Betrieben)
2. Rentnerflugblatt
3. Briefwahl-Prospekt
4. TV- und Funk-Postkarte

Darüber hinaus wird darauf verwiesen, daß die Verteilung des Kandidaten-Prospektes am 10. Februar 1967 einsetzt. Außerdem steht noch Informationsmaterial im Archiv der Landesgeschäftsstelle zur Verfügung, das bei Herrn Harmsen abgefordert werden kann (s. auch Wahlkampfmitteilungen Nr. IV).

Mit freundlichen Grüßen

I h r

Jürgen Wohlrabe

Auch 1967 Alles für Berlin CDU

Thema:

- 1) Verwaltungs- und Personalpolitik in Berlin
- 2) Zur Information

Wahlkampf 1967

Argumente + Informationen

VI

Berlin, den 15. Febr. 1967

1) Verwaltungs- und Personalpolitik in Berlin

Die Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters vom 18. 3. 1963 versprach eine Vereinfachung, Verbilligung und Beschleunigung der Verwaltung. Von diesen Versprechen blieb nicht viel übrig. Das ist nicht Schuld der im öffentlichen Dienst Tätigen, sondern hat allein der Berliner Senat zu verantworten. Berlins Personalkosten für 1967 sind ohne Anstalten und Eigenbetriebe mit 2.062,8 Mio DM veranschlagt. Die Berlin verbleibenden Landes- und Gemeindesteuern werden demgegenüber auf 1.538,5 Mio DM geschätzt.

Unwiderlegbare Zahlen

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und die Industrie- und Handelskammer zu Berlin haben festgestellt, daß Berlin mit 54 Voll- und Teilzeitbeschäftigten auf 1.000 Einwohner die teuerste und umfangreichste Verwaltung aller Bundesländer hat. So wurden 1966 in den Haupt- und Bezirksverwaltungen ohne die Eigenbetriebe 101 837 Personen beschäftigt. Diese traurige Spitzenstellung mußte auch der Senator für Inneres in seiner gerade veröffentlichten Rechtfertigungsbroschüre "Der öffentliche Dienst - mal näher betrachtet" bestä-

tigen. Zieht man hiervon nach Angaben des Innensenators 12.678 Stellen ab, nämlich 2.128 für die Wahrnehmung von überregionalen Aufgaben, 6.394 für Aufgaben auf Grund unserer besonderen politischen Situation und 4.156 für Aufgaben, die zum Beispiel in Hamburg außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung erledigt werden, hat Berlin immer noch 48 Voll- und Teilzeitbeschäftigte auf 1.000 Einwohner, während es in Hamburg nur 45 und in Bremen sogar nur 40 sind. Das bedeutet zugleich, daß Berlin bei einem Vergleich zwischen der Bevölkerungszahl und der Zahl der Beschäftigten 6.600 Kräfte mehr im öffentlichen Dienst beschäftigt als Hamburg und sogar 17.600 mehr als Bremen. Bei durchschnittlichen Personalkosten einschließlich Sozialabgaben und Versorgungslasten von jährlich 12.000 DM pro Arbeitskraft ergibt dies einen Berliner Mehraufwand für Personalausgaben gegenüber Hamburg von 79 Mio DM und gegenüber Bremen sogar von 211 Mio DM.

Angesichts dieser Zahlen kann das Argument, Berlin habe seit 1963 die geringste Zuwachsrate in der Entwicklung der Zahl der öffentlichen Bediensteten gegenüber den anderen Bundesländern, nur als eine klägliche Schutzbehauptung gewertet werden. Schließlich hatte Berlin schon vor diesem Zeitpunkt den aufgeblähten Verwaltungsapparat und hat trotz der Einführung des Stellenrahmens und einer geringeren Stellenvermehrung diese Spitzenstellung weiterhin gehalten, obwohl der ständig gestiegene Bedarf an Bundeshilfe längst schärfste Einsparungsmaßnahmen verlangt hätte.

Dennoch keine Entlassungen erforderlich

Niemand erwartet oder fordert vom Senat eine Entlassung von im öffentlichen Dienst Tätigen. Jahrelange Versäumnisse des Senats können nicht den im öffentlichen Dienst Beschäftigten angelastet werden, die ihre Einstellung und Beförderung nicht nur dem SPD-Parteibuch, sondern ihrer Qualifikation und ihrer Leistung verdanken. Da aber jährlich etwa 4 % des Personals durch Pensionierung, Tod oder aus anderen Gründen ausscheiden, das sind mindestens 4.000 Arbeitskräfte, könnte durch Begrenzung der Neueinstellungen die erwünschte Reduzierung des Berliner Verwaltungsapparates erreicht werden. Bei der bekannten ungünstigen Altersstruktur Berlins und dem festgestellten Rückgang der Zuwanderung aus der übrigen Bundesrepublik läßt sich das Arbeitskräftepotential in West-Berlin auf die Dauer bestenfalls halten. Deshalb muß die Arbeitskraft bei uns besonders rationell verwendet werden. Bleibt dagegen der Anteil der Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst Berlins in der jetzigen Größe bestehen, so stehen der Wirtschaft entsprechend weniger Arbeitskräfte zur Verfügung, was bei weiterem Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung nachteilige Folgen haben muß.

Organisationsgutachten mit vielen Fragezeichen

Der Senator für Inneres weist in der erwähnten Broschüre darauf hin, daß Berlin seit 1963 auch Organisationsuntersuchungen vornimmt mit dem Ziel, eine Vereinfachung der Arbeitsabläufe, einen stärkeren Einsatz technischer Hilfsmittel und insgesamt eine Verringerung des Personalbedarfs herbeizuführen. Aus dem Überblick über bereits fertiggestellte oder in Arbeit befindliche Organisationsgutachten geht hervor, daß überwiegend Bezirksdienststellen untersucht wurden. Die Zurückhaltung bei der Durchforstung der Hauptverwaltung ist hierbei allein schon bemerkenswert. Die Addition der Zahl der von den Organisationsgutachten betroffenen Planstellen und die enorm lange Dauer der Untersuchungen lassen außerdem erkennen, daß bei Beibehaltung des jetzigen Schnecken tempos Jahrzehnte vergehen werden, bevor gerechterweise alle Dienststellen, insbesondere auch die der Hauptverwaltungen, durchforstet worden sind. Überdies zeigen die bisherigen Erfahrungen, daß diese Gutachten teilweise aus-

reichende Sach- und Fachkenntnisse vermissen lassen und daß zwischen dem, was sie an personellen Einsparungen für möglich halten und den tatsächlichen in letzter Instanz durchgesetzten Einsparungen ein beträchtlicher Schwund zu verzeichnen ist. Das liegt vor allem daran, daß es der Senator für Inneres bisher versäumt hat, sich ausreichende Vollmachten zur Durchsetzung dieser Gutachten zu verschaffen. Auch ist nicht hinreichend gewährleistet, daß die Vorschläge zur Vereinfachung der Arbeitsabläufe und zum Einsatz technischer Hilfsmittel in einem vertretbaren Zeitraum sinnvoll durchgeführt werden.

Schockierende Vorbilder

Widerstände und Verzögerungsmanöver der durchforsteten Dienststellen könnten natürlich am ehesten durch ein leuchtendes Beispiel bei der Senatskanzlei und beim Senator für Inneres abgefangen werden. Doch haben diese Stellen geradezu empörende Muster einmaliger Sparsamkeitsabwehr geliefert. So wurden aus der vom Rechnungshof von Berlin vorgeschlagenen Einsparung von 37 Stellen in der Senatskanzlei aufgrund des Widerstandes des Regierenden Bürgermeisters nur ganze 7 Stellen eingespart.

Und der Senator für Inneres? Diesem für die Personalverwaltung Zuständigen, der sich nunmehr als Regierender Bürgermeister durch überraschende Besuche von der Arbeitsweise vieler Dienststellen ein Bild machen möchte, ist offenbar vor lauter Bäumen die üppige Entwicklung seines Verwaltungswaldes gar nicht aufgefallen. Um die eigenen Mißerfolge und Fehlleistungen gegenüber der Öffentlichkeit zu bemängeln, wird aus seinem Hause immer wieder gezielt auf Einsparungsmöglichkeiten bei den Bezirksämtern abgelenkt. Auch wenn selbstverständlich die Bezirke ihre Bemühungen noch wesentlich verstärken müssen, alle Aufgaben mit dem denkbar geringsten finanziellen und personellen Aufwand zu erfüllen, wird gegenüber der Öffentlichkeit verschwiegen, daß seit 1964 durch vier Änderungen der Durchführungsverordnung zum Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz viele Aufgaben von den Hauptverwaltungen auf die Bezirke verlagert wurden, ohne daß den Bezirken mehr Personal zugebilligt wurde und ohne, daß die entlasteten Hauptverwaltungen bei sich spürbare Personaleinsparungen vorgenommen hätten. Die Senatsverwaltung für Inneres beutete dafür ihre "Quellfunktion" weidlich aus, um sich durch Stellenvermehrungen und exorbitante Stellenanhebungen in ihrem eigenen Personalapparat "paradiesisch" auszustatten.

Stellen beim Senator für Inneres:

HUA B 0500 + B 0600	Beamte	Angestellte	insgesamt
1954	502	331	833
1963	697	896	1.593
1967	669	987	1.656

Geradezu märchenhaft ist, wie beim Senator für Inneres der Stellenkegel durch Beförderungen und Höherbewertungen im gehobenen und höheren Dienst, bei den Beamten ab Besgr. A 11 - Amtmann - und bei den Angestellten ab Vgr. IV a BAT - in aufwendigster Weise seit 1954 verbessert wurde.

HUA	Bes. Gr.							Vgr.				
	A 16	A 15	A 14	A 13	A 12	A 11	I a	I b	I	II	III	IV a
B 0500	JahrSen.	Reg.	Ober-	Reg-	Amts-	Amt-	Dez.	Hpt.	Hpt.	Ref.	Hpt.	Hpt.
B 0600	Rat	Dir.	RRat	Rat	Rat	mann		Ref.	Ref.		Sachb.	Sachb.
JhrsGeh.	31.160	27.920	25.160	22.960	20.840	19.320	30.920	28.640	30.920	23.800	23.120	21.640
1954	2	6	12	22	18	20	-	-	-	-	2	2
1963	5	12	24	32	29	41	SV 1	-	2	2	3	17
1967	9	20	23	32	41	56	SV 1	1	-	1	2	26

Die Tabelle beweist, daß die personellen Spitzenstellungen von 1954 zu 1967 um 154%

und allein seit der Regierungserklärung von 1963 bis 1967 um 27 % vermehrt wurden. Dieses schockierende Beispiel macht zugleich deutlich, wie es der Senat von Berlin mit der praktischen Verwaltungsreform hält. Kein Wunder, daß man nach über dreijähriger Regierungszeit erst 1966 zur Beruhigung der Öffentlichkeit den Rechnungshof von Berlin beauftragt hat, Vorschläge zur Verwaltungsreform und Verbilligung der Berliner Verwaltung zu machen. Dieser Auftrag ist jedoch grotesk, wenn man bedenkt, daß das Gutachten des gleichen Rechnungshofes mit seinem Einsparungsvorschlag für die Senatskanzlei (37 Stellen) praktisch vom Tisch gefegt wurde.

Parteibuch vor Qualifikationsnachweis

Vom Vorsitzenden des KOMBA (Verband der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Landes und der Stadt Berlin) wurde kürzlich hervorgehoben, daß Berlin Einsparungen im Verwaltungskörper auch erreichen könnte, wenn es nur qualifiziertes Personal einstellen und befördern würde. Geht man diesem Hinweis nach, so ergibt sich in Berlin das folgende unfaßbare Bild:

Während auf dem Sektor der Beamten ein geordneter Ausbildungsgang vorgeschrieben ist und von daher qualifiziertes Personal heranwächst, werden freiwerdende Angestelltenstellen in nicht vertretbarem Umfang z.B. mit Gartenbauarbeitern, Pförtner, Boten, Kraftfahrern, Platzwarten und sonst manuell durchaus befähigten Personen ohne jeden Qualifikationsnachweis besetzt; es sei denn, man wertet das SPD-Parteibuch als "Allzweckdiplom". Ebenfalls werden aus dem genannten Personenkreis und andere bisher in der Wirtschaft Beschäftigte in den öffentlichen Dienst übernommen und ohne jegliche Prüfungen auch befördert. In den westdeutschen Gemeinden und in 8 Bundesländern einschließlich Hamburg und Bremen gilt dagegen der § 25 BAT, wonach Angestellte, die in die Vergütungsgruppen VII und VI b eingereiht werden wollen, eine Erste Prüfung und Angestellte, die in die Vergütungsgruppen V b bis IV a kommen, eine zweite Verwaltungsprüfung ablegen müssen. Da Berlin diese Prüfungen nicht verlangt, dafür aber die über Einstellungen und Beförderungen entscheidungsberechtigten Beamten weitaus der SPD angehören, führt dies häufig zu sachfremden Entscheidungen mit einer zwangsläufigen Verschlechterung des Leistungsstandes bei den Angestellten. Außerdem bildet die vielfach völlig einseitige und ungerechte Beförderungspolitik vornehmlich im gehobenen und höheren Beamtendienst ein besonders dornenvolles Kapitel. Ergebnis: Diese Personalpolitik verteuert und hemmt die Verwaltungsarbeit in unverträglicher Weise.

Die CDU fordert daher:

1. Mit jeder Parteibuchwirtschaft, die das Klima in der Berliner Verwaltung vergiftet, muß endlich Schluß gemacht werden. Berlin braucht eine saubere, leistungsstarke Verwaltung, die ausschließlich die Interessen der Bürger verfolgt.
2. In der Personalpolitik muß eine gerechte Anwendung des Leistungsprinzips erfolgen. Von Arbeitnehmern, die künftig als Angestellte beschäftigt werden sollen, müssen die notwendigen Qualifikationsnachweise verlangt werden.
3. Die Verwaltungstätigkeit muß endlich auf das für den Bürger erforderliche Maß reduziert werden. Alle Landesgesetze, Verordnungen, Richtlinien und Verwaltungsanweisungen sind mit dem Ziel der Vereinfachung des Verwaltungsaufwandes gründlich zu durchforsten.
4. Die Erstellung von Organisationsgutachten ist, u. a. auch durch stärkeren Einsatz freiberuflicher Gutachter, wesentlich zu beschleunigen. Die Senatsverwaltungen müssen dabei gleichlaufend mit den Bezirksverwaltungen untersucht werden und Organisations- und Einsparungsvorschlägen beispielhaft folgen.
5. Alle Rationalisierungsmöglichkeiten müssen voll ausgeschöpft werden. Hierbei ist ein Großprogramm für den Einsatz moderner und funktionsgerechter Arbeits- und Büromittel und die Anwendung zeitgerechter Arbeits- und Führungsmethoden unter Verzicht auf jegliche sich durch Ressortüberschneidungen ergebende Doppelarbeit aufzustellen und schnellstens durchzuführen.

Durch die vorgenannten Maßnahmen kann die unheilvolle Entwicklung der Berliner Verwaltungspolitik gestoppt werden. Es kommt darauf an, ideenreich, planvoll und tatkräftig ein sowohl gut ausgebildetes und fortgebildetes wie sozial gesichertes und zufriedenes Verwaltungspersonal auf die einfachste, wirtschaftlichste und zeitnaheste Weise in einem Geist mitbürgerlicher Verantwortung an die Bewältigung der vielfältigen Aufgaben zu führen, die uns gestellt sind.

2) Zur Information

Liebe Freunde!

Heute erscheint unser aktueller Wahldienst vorerst zum letzten Mal. Wir bitten Sie, die Ihnen sechsmal zugegangenen Informationsdienste für die aktuelle Wahlauseinandersetzung mit dem politischen Gegner intensiv zu benutzen; wir möchten außerdem darauf hinweisen, daß die hier gemachten Aussagen als Wahlkampf-richtlinien bindend sind, da sie auf der Grundlage der Beschlüsse des 42. Landesparteitages der CDU Berlin stehen.

Für heute verbleibe ich in der Hoffnung, Ihnen durch diese Informationen eine Hilfe für Ihre Wahlkampfarbeit gegeben zu haben,

mit freundlichen Grüßen

Ihr Jürgen Wohlrabe

